

Mehr sparen ja - aber am liebsten die andern

Zur Kantonsratssession von nächster Woche zeichnet sich eine Mehrheit für zusätzliche globale Sparaufträge an die Regierung ab. Gleichzeitig wackeln einige bereits konkret beantragte Kürzungen.

Von Ruedi Hertach

St. Gallen. - Es ist das vertraute Bild, das die Kantonsratsfraktionen nach ihren jüngsten Sitzungen malen: Das linksgrüne Lager protestiert gegen die Sparfolgen einer «verfehlten bürgerlichen Finanzpolitik» (die Grünen sogar mit einem Rückweisungsantrag), derweil die CVP ihre eigene Umsicht und die ihres Finanzchefs hervorhebt.

Doch in Finanzfragen spielt meist die FDP-/SVP-Ratsmehrheit, die sich auch schon in der Kommission durchgesetzt hat: Die Regierung solle weitere («echte») Einsparungen von 50 Millionen vorlegen, so eine der Forderungen. Was sie bisher präsentiere, reiche längst nicht zur Bewältigung der drohenden Defizite von 257-312 Millionen. Zudem bestünden viele Massnahmen aus Gebührenerhöhungen oder Abwälzungen an die Gemeinden.

Nötig seien aber zusätzliche echte Verzichtsschritte. Denn die «angedachte» Steuerfusserhöhung ab 2013 sei unbedingt zu vermeiden. Die Grünen hingegen verknüpfen ihre Rückweisung klar mit der Forderung, dass man die Einnahmenseite, «sprich Steuererhöhung und Erschliessung neuer Einnahmen», ernsthaft angehe. Wie weitere Sparschritte aussähen, sagen die Mehrheitsfraktionen nicht präzise. Immerhin orten SVP und FDP zusätzliches Sparpotenzial bei der Kulturförderung, die FDP auch bei einer kleineren Kompensation des Krankenkassen-Prämienanstiegs. Einzelmassnahmen verschonen?

Gleichzeitig gibt es aus allen Lagern Widerstand gegen vorliegende Sparanträge. Die Grünen sind gleich gegen die Mehrzahl von ihnen, am heftigsten beim öffentlichen Verkehr. Die CVP bekämpft die Gebührenerhöhungen bei Lehrwerkstätten (wie SVP und SP) und den «Kahlschlag» bei den drei nichtstaatlichen Gymnasien.

Die SP ist vorab gegen Abstriche bei Ergänzungsleistungen und Energieförderung, ebenso gegen den Angebotsabbau der Mittelschulen - wo sie für die Rettung des Schwerpunktfachs Italienisch auf FDP-Sukkurs stösst. Die SVP möchte auch die Fachstelle Kinderschutz verschonen.

Hinzu kommt der Unwille der Gemeinden gegen Lasten, die der Kanton auf sie abwälzen will. Er mündet in die Forderung, die Kosteneffizienz des Kantons sei extern zu überprüfen, was auch die CVP ausdrücklich unterstützt - ebenso wie die Forderung, dass «die Bereinigung der Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden endlich an die Hand genommen wird». «Die Überwälzung von kostenträchtigen Staatsaufgaben an die Gemeinden» dürfe man nicht zulassen, so die SVP.

Die Regierung will gegen diverse Kommissionsanträge kämpfen. Es sei widersprüchlich, ein zu kleines Sparvolumen zu beklagen, aber zugleich erstbeste Kürzungen zu verschmähen.

Nicht noch tiefer gehen

Beim Kostenanteil des Kantons an die Spitalfinanzierung darf man laut Regierung nicht noch tiefer gehen, als sie selber es wagt, weil dies zu einem problematischen Prämienanstieg führe. Nicht machbar sei auch eine noch rigorosere Begrenzung des im Jahr 2012 zulässigen Eigenkapitalbezuges.

Auch die von der Kommission geforderte Investitions-Plafonierung ist der Regierung zu starr: In den nächsten Jahren sei ein «massiv höherer Investitionsbedarf» in Sicht, der auch bei flexiblerer Begrenzung nicht ohne drastische Einschnitte davonkomme. Und die Forderung nach 50 zusätzlichen Sparmillionen? Ihr will sich die Regierung nur beugen, wenn es zur Senkung der Nationalbank-Gewinnausschüttung unter die bisherigen 100 Millionen kommt.